POLITIK

Pro Palästina-Aktivist in Haft

Trump kündigt Abschiebung antisemitischer Studenten an

10.03.2025, 23:29 Uhr

 Artikel anhören



Krawalle im April 2024: Ein Student stellt sich auf dem Campus der Columbia University gewalttätigen Pro-Palästina-Aktivisten entgegen.
(Foto: AP)

 Artikel teilen

Folgen auf:  

Antisemitische Krawalle an US-Eliteuniversitäten nach dem Hamas-Massaker sorgen weltweit für Abscheu. US-Präsident Trump droht den Rädelsführern nun mit Abschiebung. Ein propalästinensischer Aktivist der Columbia University sitzt bereits in einem Gefängnis in Louisiana und soll die USA verlassen.

Nach der Festnahme eines palästinensischen Aktivisten, der Proteste an der New Yorker Columbia University mit anführte, hat US-Präsident Donald Trump eine Warnung an andere Teilnehmer von ähnlichen Demonstrationen gerichtet. Wer sich an antisemitischen Aktivitäten beteiligt habe, werde festgenommen und deportiert, schrieb Trump in den sozialen Medien. Mahmud Chalil, der sich rechtmäßig in den USA aufhält und bis Dezember an der Columbia studierte, wurde am Samstag von Beamten der Einwanderungsbehörde in New York festgenommen und in ein Gefängnis in Louisiana gebracht.



POLITIK 08.03.25

400 Millionen Dollar gekürzt

US-Regierung bestraft Elite-Uni für Antisemitismus

"Wir wissen, dass es noch mehr Studenten an der Columbia und anderen Universitäten im ganzen Land gibt, die sich an pro-terroristischen, antisemitischen und antiamerikanischen Aktivitäten beteiligt haben", schrieb Trump. "Wir werden diese Terroristen-Sympathisanten finden, festnehmen und aus unserem Land ausweisen - damit sie nie wieder zurückkehren."

Chalils Anwältin Amy Greer sagte, sie habe während der Festnahme mit einem der Agenten gesprochen. Dieser habe gesagt, man handele auf Anweisung des Außenministeriums, um Chalil das Studentenvisum zu entziehen. Als sie dem Beamten gesagt habe, dass Chalil sich mit einer Greencard als ständiger Einwohner in den USA aufhalte, habe dieser geantwortet, dass stattdessen die Greencard entzogen werde. Das Ministerium für Heimatschutz erklärte, Chalil sei aufgrund von Trumps Dekreten zum Verbot von Antisemitismus in Gewahrsam genommen worden. Ein Richter ordnete unterdessen an, dass die Trump-Regierung den ehemaligen Studenten nicht abschieben darf - zumindest bis ein Gericht den Fall prüft. Die Anwälte des Aktivisten klagen gegen seine Inhaftierung. Eine Anhörung ist für Mittwoch angesetzt.

Warnung an 60 Hochschulen

Seit Trumps Ankündigung, gegen Studierende vorzugehen, die sich den Protesten gegen den Gaza-Krieg anschlossen, ist Chalil - soweit bekannt - der erste Beteiligte, der abgeschoben werden soll. Eine Sprecherin des Heimatschutzministeriums legte nahe, die Festnahme stehe in einem direkten Zusammenhang zu Chalils Rolle bei den Protesten. Dieser habe "Aktivitäten angeführt, die mit der Hamas in Verbindung stehen, einer als Terrororganisation eingestuften Vereinigung". Chalil wurde wegen seiner Aktivitäten während der Unruhen auf dem Campus der Universität im vergangenen Jahr allerdings keiner Straftat beschuldigt. Laut "New York Times" ist der Palästinenser mit einer Amerikanerin verheiratet, die im achten Monat schwanger ist.



POLITIK 08.03.25

Kürzungen und Entlassungen

Wissenschaftler protestieren gegen Trumps Politik

Die US-Regierung richtete zudem eine Warnung an rund 60 Hochschulen, dass sie Bundeszuschüsse verlieren könnten, wenn sie ihren Campus für jüdische Studenten nicht sicher machten. Das Bildungsministerium teilte mit, die Universitäten, darunter Harvard, Columbia und Cornell, müssten die Gesetze gegen Antisemitismus einhalten und den ungehinderten Zugang zu Campuseinrichtungen und Bildungsmöglichkeiten gewährleisten.

Quelle: ntv.de, mau/AP

USA | US-Außenministerium | Republikaner | Abschiebung | Elite-Universität | Palästina | Palästinenser | Demonstrationen | Antisemitismus | Donald Trump